

**16. September 2015**

MÄRKISCHER KREIS · Heedfelder Straße 45 · 58509 Lüdenscheid

An die  
Redaktionen

– **Pressedienst 299**

**Bezirksregierung bittet Landrat um Hilfe  
Der Märkische Kreis soll 400 Flüchtlinge ab Freitag unterbringen**

**Märkischer Kreis. (pmk)** Regierungspräsidentin Diana Ewert hat Landrat Thomas Gemke um Hilfe bei der Unterbringung von Flüchtlingen gebeten. Die Kreisverwaltung soll bis Freitag, 18.09., 16:00 Uhr, Unterkunftsmöglichkeiten für weitere 400 Flüchtlinge in den Städten und Gemeinden schaffen. Die Unterkünfte sollen der Erstaufnahme dienen und zumindest bis Ende Februar 2016 vorgehalten werden.

Weil der Kreis nur über wenige eigene freie Liegenschaften verfügt, hat Landrat Thomas Gemke bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der 15 kreisangehörigen Städte und Gemeinden mögliche Gebäude für die Unterbringung der Flüchtlinge abgefragt. „Die Zusammenarbeit mit den Bürgermeistern war ausgezeichnet und eine große Hilfe für uns“, so Landrat Thomas Gemke.

Am Mittwoch, 16. September, kam die Führungsspitze der Kreisverwaltung zusammen, um das weitere Vorgehen abzustimmen: Ein von Landrat Thomas Gemke eingerichteter Einsatzstab wird die Unterbringung der angekündigten 400 Flüchtlinge vorbereiten und begleiten. Der Kreis stellt die Turnhalle an seinem Berufskolleg für Technik am Raitheiplatz in Lüdenscheid als Unterkunft zur Verfügung. Hier können 150 Personen untergebracht werden. Der Schul- und Vereinssport dort wurde abgesagt und muss bis auf weiteres ausfallen.

Eine weitere Unterbringungsmöglichkeit ist die ehemalige Förderschule „An der Susannenhöhe“ in Halver. Auch dort könnten etwa 150 Personen vorübergehend untergebracht werden. Der Einsatzstab prüft derzeit weitere geeignete Unterbringungsmöglichkeiten für ca. 100 Per-

Seite 1 von 2

sonen, die mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern vor Ort abgestimmt werden. Mitarbeiter des kreiseigenen Gebäudemanagements werden diese Einrichtungen aufsuchen und klären, ob eine Unterbringung der Flüchtlinge dort möglich ist. Der Fachbereich Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz organisiert die medizinische Untersuchung der 400 Neuankömmlinge.